

23
MANDATSPERIODE 25

Oliver Röpke
EWSA-Präsident

STAND UP FOR DEMOCRACY SPEAK UP FOR EUROPE

GRUNDSATZPROGRAMM 2023–2025



**Europäischer Wirtschafts-
und Sozialausschuss**



Inhaltsverzeichnis

UNSER EINSATZ FÜR DIE DEMOKRATIE in der EU	4
Mehr Bürgernähe	4
Gewährleistung des Erfolgs der Europawahlen	5
Stärkung der Grundwerte und der Rechtsstaatlichkeit	5
UNSER EINSATZ FÜR DIE DEMOKRATIE in Drittstaaten	6
Tor der Zivilgesellschaft zu Demokratie und Wohlstand	6
Unterstützung der „sanften Diplomatie“ der EU für starke und resiliente Zivilgesellschaften	6
UNSER KLARES BEKENNTNIS ZU EUROPA Eine repräsentativere Stimme	7
Ein Forum der neuen Generation	7
Ein faireres Forum	8
UNSER KLARES BEKENNTNIS ZU EUROPA Eine hörbare und gewichtige Stimme	9
Eine Einrichtung, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird	9
Eine zukunftsorientierte Einrichtung, die sich auf Fakten stützt	10
EWSA-PRÄSIDENT OLIVER RÖPKE Die Sozialagenda der EU voranbringen und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit im 21. Jahrhundert sichern	11
Die Sozialagenda der EU voranbringen	11
Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit im 21. Jahrhundert sichern	12
BEITRÄGE DES SEKRETARIATS: AUSGEWÄHLTE POLITISCHE PRIORITÄTEN	13
Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen beschleunigen	13
Einsatz junger Menschen für Klima und Nachhaltigkeit	13
Kreislaufwirtschaft	14
Grüner Wandel der europäischen Industrie	14
Umfassende Digitalisierung der europäischen Industrie	14
Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und der offenen strategischen Autonomie der EU Industrie	15
Reformen für eine resiliente EU-Wirtschaft	15
Vollendung der Kapitalmarkt- und der Bankenunion	15
Ein mehrjähriger Finanzrahmen, der den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird und eine starke Kohäsionspolitik ermöglicht	16
Wirtschaftliche und soziale Erholung von den Auswirkungen der Pandemie und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem daraus resultierenden Anstieg der Energiepreise und der Lebenshaltungskosten	16
Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit	17
Migration	17
Eine sichere und stabile Nachbarschaft	17
Zusammenarbeit mit Partnern im Hinblick auf faire und gerechte Gesellschaften, in denen die Menschenrechte geachtet werden	18
Förderung eines nachhaltigen Handels, der allen zugutekommt	18
Studien und Politikbewertungen: Stärkung der Faktengrundlage der beratenden Arbeiten des EWSA	18
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und Unterstützung einer raschen Umstellung auf Klimaneutralität	19
Unterstützung unternehmerischer Initiative in all ihren Formen: KMU und sozialwirtschaftliche Unternehmen	20
Stärkung der Verbraucher für den grünen und digitalen Wandel	20
Über die Energiekrise hinaus: eine nachhaltige, gerechte und strategische Energieversorgungssicherheit erreichen	21
Beitrag der Wohnungspolitik zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt	21
Ökologisierung des Verkehrs: den Bedürfnissen der Nutzer, Bürger und Organisationen der Zivilgesellschaft gerecht werden	21



Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gehören zu den Grundwerten, auf denen die Europäische Union (EU) beruht. Sie sind in den EU-Verträgen verankert und bilden den Kern der Identität der EU.

Diese Werte sind jedoch in den letzten Jahren stark unter Druck geraten. Europa sieht sich mit beispiellosen Krisen konfrontiert, die die sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten verstärken und das Vertrauen der Unionsbürgerinnen und -bürger in die demokratischen Institutionen untergraben. Wir dürfen unsere europäischen Werte nicht als Selbstverständlichkeit betrachten.

In diesen herausfordernden Zeiten kann die Zivilgesellschaft einen entscheidenden Beitrag zum Aufbau demokratischer Resilienz und zur Gestaltung der Zukunft Europas leisten, indem sie die Standpunkte der Unionsbürgerinnen und -bürger einholt. Dabei braucht die Zivilgesellschaft jedoch selbst mehr Schutz. Ihre Handlungsspielräume

schrumpfen zunehmend, und dies schränkt die Fähigkeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen ein, ihre legitime Arbeit in der EU und anderswo zu leisten.

In der kommenden Mandatsperiode werden wir im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) unsere einzigartige Position als Brückenbauer zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, der Zivilgesellschaft und den EU-Institutionen weiter stärken und als echte Plattform für eine offene und inklusive Debatte fungieren.

Wir werden dafür sorgen, dass die Türen unseres Hauses für einen faktenbasierten und inhaltlich relevanten demokratischen Dialog mit einem breiten Spektrum sozialer, wirtschaftlicher, politischer, kultureller und institutioneller Akteure offen stehen. Wir werden uns in unseren Beschlussfassungsprozessen um fundierte Kompromisse bemühen, die die Position unseres Ausschusses stärken und einen wertvollen Beitrag zur EU-Politik beisteuern.

Damit werden wir zusammen mit unseren institutionellen und zivilgesellschaftlichen Partnern einen wichtigen Beitrag zu einer resilienteren, inklusiveren und demokratischeren EU leisten, die als Vorbild sowohl für unsere direkten Nachbarn als auch für jene in weiter entfernten Regionen dienen wird.

Neben seinem Fokus auf diese neuen Prioritäten wird der EWSA auch weiterhin **mit aller Kraft daran arbeiten, dass für alle Europäerinnen und Europäer soziale, wirtschaftliche und ökologische Fortschritte erzielt werden.** Dazu wird er systematisch zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission beitragen und wirksam mit dem Europäischen Parlament und dem Rat der EU zusammenarbeiten.

Als neu gewählter Präsident des EWSA möchte ich mich auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

- **Unser Einsatz für die Demokratie in der EU** durch Förderung der Grundwerte und der Rechtsstaatlichkeit, Stärkung der Bürgernähe des Ausschusses durch Unterstützung der repräsentativen und der direkten Demokratie sowie Gewährleistung des Beitrags des EWSA zum Erfolg der Europawahlen 2024
- **Unser Einsatz für die Demokratie in Drittstaaten** durch die Einrichtung eines regelrechten Tors der Zivilgesellschaft zu Demokratie und Wohlstand für unsere Nachbarn und Partner sowie durch die Förderung starker und resilienter Zivilgesellschaften in der EU
- **Unser klares Bekenntnis zu Europa, indem wir die Repräsentativität unseres Ausschusses stärken** und jüngere Generationen sowie unterrepräsentierte gesellschaftliche Gruppen in unsere Arbeit einbeziehen
- **Unser klares Bekenntnis zu Europa, indem wir die Wirkung und Sichtbarkeit unserer Arbeit und unseres zukunftsorientierten Engagements verbessern, mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Vorausschau und den Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas, damit sichergestellt ist, dass sich der EWSA in unserer europäischen Demokratie weiterhin Gehör verschaffen und einen sinnvollen Beitrag leisten kann**

UNSER EINSATZ FÜR DIE DEMOKRATIE in der EU

Mehr Bürgernähe

Seit seiner Gründung im Jahr 1957 ist unser Ausschuss eine Säule der partizipativen Demokratie und bietet Bürgerinnen und Bürgern sowie Interessenträgern eine Plattform, über die sie sich im EU-Beschlussfassungsprozess Gehör verschaffen können. Das Thema partizipative und deliberative Demokratie wurde auf der Konferenz zur Zukunft Europas eingehend erörtert. Dabei äußerten die Bürgerinnen und Bürger den Wunsch, strukturell Einfluss auf das Jahresarbeitsprogramm und die politischen Prioritäten der EU nehmen zu können, wobei der EWSA eine entscheidende Rolle spielen könne.

Für eine gut funktionierende Demokratie ist die Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung. Die partizipative Demokratie ist nämlich nicht nur eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie, sondern eines ihrer konstitutiven Elemente.

Als neu gewählter Präsident des EWSA werde ich

- *im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 partizipative EWSA-Bürgerforen einrichten, die einen Beitrag zur Erarbeitung einer themenübergreifenden Entschließung aller EWSA-Fachgruppen mit den wichtigsten Forderungen des EWSA an das neue Europäische Parlament und die neue Europäische Kommission („Politisches Manifest des EWSA im Hinblick auf die Europawahl 2024“) leisten;*
- *die Voraussetzungen dafür schaffen, dass partizipative Bürgerforen auch nach der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 in der täglichen Arbeit des EWSA systematisch zum Einsatz kommen;*
- *dafür sorgen, dass sich der EWSA wieder aktiv an den Europäischen Bürgerinitiativen beteiligt, da diese ein erfolgreiches Instrument zur Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in den EU-Beschlussfassungsprozess sind, und ihnen eine demokratische Bühne zur Einflussnahme auf die EU-Rechtsvorschriften bieten.*

Die partizipative Demokratie flankiert sowohl die repräsentative Demokratie (das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente) als auch die direkte Demokratie (Europäische Bürgerinitiative). Während meiner Amtszeit werde ich dafür sorgen, dass die Stellung des Ausschusses als einer wirklich offenen und zukunftsorientierten Plattform gestärkt wird.

Gewährleistung des Erfolgs der Europawahlen

In der neuen Mandatsperiode wird sich der EWSA an den Vorbereitungen für die Wahl zum Europäischen Parlament beteiligen, die ein zentrales Element der europäischen Demokratie ist. Die Wahl findet zu einem für die Demokratie entscheidenden Zeitpunkt statt, an dem wichtige europäische Themen wie der europäische Grüne Deal, die Zunahme von Extremismus und Populismus, die Rechtsstaatlichkeit, die künftige wirtschaftspolitische Steuerung vor dem Hintergrund zunehmender Ungleichheiten sowie die aus den geopolitischen Unsicherheiten erwachsenden Herausforderungen ganz oben auf der Tagesordnung stehen.

Ohne entsprechende Vorkehrungen und Maßnahmen könnte diese Wahl einen fruchtbaren Boden für die Verbreitung von Falschinformationen und Propaganda sowie für Cyberangriffe bieten, mit denen versucht werden könnte, das Abstimmungsverhalten der Bürgerinnen und Bürger zu beeinflussen und unsere demokratischen Verfahren zu destabilisieren. Bei der Bekämpfung von Desinformation stellen sich vielfältige Herausforderungen für zahlreiche Akteure, darunter auch für die Zivilgesellschaft. Auch die Schlussfolgerungen der Konferenz zur Zukunft Europas, auf der die Bürgerinnen und Bürger Empfehlungen ausgearbeitet haben, legitimieren den EWSA, als wichtiger Partner eine aktive Rolle im Vorfeld der Wahl zu übernehmen.

Als neu gewählter Präsident des EWSA werde ich

- *eine umfassende Beteiligung unseres Ausschusses sowie der Zivilgesellschaft an interinstitutionellen Aktivitäten und Kampagnen zur **Steigerung der Wahlbeteiligung im Vorfeld der Wahl zum Europäischen Parlament 2024** sicherstellen;*
- *die **Organisationen der Zivilgesellschaft in ihrem Einsatz zur Verteidigung der Demokratie sowie zur Bekämpfung von Desinformation und verdeckter ausländischer Einflussnahme unterstützen, indem wir uns für das Paket zur Verteidigung der Demokratie der Kommission starkmachen und im Vorfeld der Europawahlen Maßnahmen zu seiner Umsetzung ergreifen;***
- *die **Europäische Kommission bei der Aufsicht über sehr große Online-Plattformen unterstützen, damit die systemischen Risiken für unsere Demokratie und für die Wahlen eingedämmt werden.***

Stärkung der Grundwerte und der Rechtsstaatlichkeit

Die nationalen Vertreter der Zivilgesellschaft fordern ein entschlossenes Handeln der EU in Sachen Grundwerte und Rechtsstaatlichkeit. Sie wollen, dass die EU die Rolle der Zivilgesellschaft als demokratischer Kontrollinstanz unterstützt und die Behörden dazu anhält, tätig zu werden und sich bei der Schaffung guter Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft sowie bei der Finanzierung, der Meinungs- und Medienfreiheit, dem Missbrauch von Klagen zur Einschüchterung von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern sowie der Bekämpfung von Diskriminierung höhere Standards zu setzen.

In der neuen Mandatsperiode werde ich mich stets konsequent für die Stärkung der Demokratie, der Grundrechte und der Rechtsstaatlichkeit als Leitprinzipien für unsere gesamte Arbeit einsetzen. Dies gilt für unseren Ausschuss, für unsere Zusammenarbeit mit den anderen EU-Institutionen und der Zivilgesellschaft, für unsere internationalen Beziehungen, aber auch für all unsere politischen Initiativen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen. Ein abnehmender Raum für die Zivilgesellschaft schadet der Demokratie, und dies dürfen wir nicht zulassen.

Als neu gewählter Präsident des EWSA werde ich

- *ein **erneuertes und starkes Mandat für die Gruppe „Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit“ des EWSA unterstützen, um die Öffentlichkeit für deren bedeutsame Arbeit zu sensibilisieren und die Rolle der Zivilgesellschaft als Kontrollinstanz zu stärken;***
- *mich für einen **„EWSA-Fitnesscheck der Zivilgesellschaft“ starkmachen, um die Entwicklungen, die sich auf die Zivilgesellschaft in den EU-Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern auswirken, aktiv zu überwachen.***

UNSER EINSATZ FÜR DIE DEMOKRATIE in Drittstaaten

Tor der Zivilgesellschaft zu Demokratie und Wohlstand

Die Zukunft der EU ist eng mit der Stabilität und dem Wohlstand unserer Nachbarländer aus der Östlichen Partnerschaft und auf dem Westbalkan verknüpft. Wir werden uns deshalb weiterhin für Frieden, Stabilität und Integration in diesen Regionen einsetzen.

Angesichts des anhaltenden Drucks, den Russland auf die Ukraine, Moldau, Georgien und weitere Länder ausübt, werde ich unsere Partnerschaften mit diesen Staaten weiter ausbauen und eine stärkere Vernetzung zwischen unseren Zivilgesellschaften fördern, die das Herz einer lebendigen Demokratie sind.

Der EWSA wird für diese Länder als regelrechtes Tor der Zivilgesellschaft fungieren, sie unterstützen und in die Lage versetzen, sich für Freiheit, Demokratie und eine stärkere Integration einzusetzen. Wir werden ihnen die im Rahmen des Erweiterungsprozesses erforderliche Unterstützung gewähren, um sicherzustellen, dass sie ihre sozialen, wirtschaftlichen und demokratischen Systeme soweit verbessern können, dass sie den EU Standards in Bezug auf den Binnenmarkt, den Grünen Deal und die Europäische Säule sozialer Rechte entsprechen.

Als neu gewählter Präsident des EWSA werde ich

- **mich persönlich für die Stärkung der Beziehungen zu den Kandidatenländern auf höchster Ebene, einschließlich unserer Partner auf dem Westbalkan, in der Ukraine und in Moldau, im Rahmen des Erweiterungsprozesses einsetzen und die Arbeit unserer gemeinsamen Plattformen der Zivilgesellschaft unterstützen;**
- **durch die Ernennung von Ehrenmitgliedern aus den Erweiterungsländern erstmals Vertreter der Zivilgesellschaft aus diesen Ländern in die laufenden beratenden Arbeiten des Ausschusses sowie insbesondere in die Ausarbeitung wichtiger Stellungnahmen einbeziehen.**

Unterstützung der „sanften Diplomatie“ der EU für starke und resiliente Zivilgesellschaften

Derzeit findet ein weltweiter Kampf um Werte und Narrative statt, bei dem verschiedene Länder und Regionen um Einfluss wetteifern. Die EU muss deshalb die in den EU-Verträgen verankerten Werte sowohl in ihren Mitgliedstaaten als auch in Drittstaaten fördern und verteidigen. Der EWSA wird sein Netz an Kontakten zur Zivilgesellschaft nutzen und in Bereichen wie Klimawandel, Kultur sowie soziale und wirtschaftliche Angelegenheiten auf globaler Ebene stärker auf eine wertebasierte Diplomatie setzen.

Als neu gewählter Präsident des EWSA werde ich

- **mich persönlich für die Stärkung der Zusammenarbeit auf höchster Ebene mit internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Internationalen Arbeitsorganisation und der Welthandelsorganisation einsetzen;**
- **die grundlegenden Werte der EU unter Rückgriff auf die „Soft Power“ des EWSA in den Bereichen Kultur, Energie und Klima sowie blaue Diplomatie fördern. Dazu werden wir einen Beitrag zu einer Bestandsaufnahme der bestehenden Maßnahmen und Initiativen leisten, den Dialog und die Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft in Drittländern in diesen Bereichen stärken und einschlägige Stellungnahmen erarbeiten.**

UNSER KLARES BEKENNTNIS ZU EUROPA

Eine repräsentativere Stimme

Der EWSA bietet den Bürgerinnen und Bürgern sowie diversen Interessenträgern ein Forum, in dem sie im Beschlussfassungsprozess der EU ihre Meinung äußern können. In der nächsten Mandatsperiode werde ich auf unseren Erfolgen aufbauen. Ich will die Repräsentativität des EWSA ausbauen und vergrößern, indem das Spektrum unserer Interessenträger erweitert wird und neue Akteure in die Lage versetzt werden, einen Beitrag zur EU-Politik zu leisten.

Ein Forum der neuen Generation

Die Entscheidungen für die Gestaltung einer guten und gerechten Zukunft für die kommenden Generationen werden heute getroffen. Deshalb ist es unerlässlich, dass junge Menschen ihre Meinung zu den Entscheidungen äußern können, die sie jetzt und in Zukunft betreffen. Sie müssen über eine Plattform verfügen, auf der sie ihre Bedenken und Bedürfnisse äußern können.

Ich werde deshalb während meiner Amtszeit versuchen, junge Menschen aktiver in die Politikgestaltung einzubeziehen, und zwar auf die Art und Weise, die am besten zu ihnen passt. Gleichzeitig sollen die Vorschläge des EWSA mit Blick auf ihre Auswirkungen auf das Leben junger Menschen gründlich überwacht und bewertet werden.

Als neu gewählter Präsident des EWSA werde ich

- **eine Ad-hoc-Gruppe „Jugend“ zur Jugendbeteiligung im EWSA einrichten**, die ausdrücklich damit beauftragt wird, die von der Koordinierungsgruppe für das Europäische Jahr der Jugend begonnene Arbeit fortzusetzen;
- **die EWSA-Internetseite „Youth engagement at the EESC“ nutzen**, um konkrete Maßnahmen und Aktivitäten des EWSA und seiner Mitglieder vorzustellen und bekannt zu machen;
- **unverzüglich mit der Anwendung des EU-Jugendtests in EWSA-Stellungnahmen beginnen** und dabei eng mit den Fachgruppen und der CCMI zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass die Stellungnahmen des EWSA die Sichtweisen junger Menschen in allen Politikbereichen widerspiegeln;
- **die Rolle der Jugenddelegierten des EWSA in der täglichen Arbeit des Ausschusses ausweiten**, nach dem Beispiel ihrer erfolgreichen Teilnahme an der EWSA-Delegation auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen;
- **die jugendpolitischen Aktivitäten des EWSA unter dem vom Ausschuss etablierten Motto „Your Europe, Your Say! (YEYS)“ ausbauen**, und zwar insbesondere im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament 2024;
- **ein Jugend-Beratungsgremium für den Präsidenten einrichten**, das pragmatische und ergebnisorientierte Empfehlungen aus unterschiedlichen Blickwinkeln junger Aktivistinnen und Aktivisten abgeben und konkrete Vorschläge, insbesondere zur Bewältigung des Klimawandels, unterbreiten wird.

Ein faireres Forum

Das Eintreten für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundwerte beginnt in den eigenen vier Wänden. Der EWSA wird deshalb seine internen Reformen noch entschiedener vorantreiben, um mehr Transparenz, Integrität und Fairness zu gewährleisten.

Der EWSA lehnt jede Form der Diskriminierung, vor allem aufgrund des Geschlechts, entschieden ab. Die Gleichstellung der Geschlechter ergibt sich aus den Werten, auf denen die EU beruht, weshalb sie ganzheitlich und bereichsübergreifend auf allen Ebenen gefördert werden sollte.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist eine Voraussetzung für ein gerechteres und stärkeres Europa. Auch hier spielt der EWSA eine wichtige Rolle aufgrund unserer Vorbildfunktion als Versammlung und der Entscheidungen, die wir treffen. Wir müssen uns deshalb vehement und entschieden für mehr Gleichstellung der Geschlechter in unserem Ausschuss einsetzen.

Während meiner Amtszeit werde ich bei allen Tätigkeiten des EWSA durchgehend eine Kultur der Geschlechtergleichstellung über das ganze Leben hinweg fördern, mit maßgeschneiderten Maßnahmen für die einzelnen Lebensabschnitte. Die Gleichstellung von Frauen und Männern sollte nicht nur durchgehend in der politischen Arbeit des EWSA berücksichtigt werden, sondern es müssen auch Frauen in Führungspositionen intensiv intern gefördert werden.

Als neu gewählter Präsident des EWSA werde ich

- **das Mandat der Gruppe „Gleichstellung“ stärken**, um die Umsetzung sicherzustellen, die Fortschritte zu überwachen und erforderlichenfalls Anpassungsmaßnahmen vorzuschlagen, damit die Ziele auch tatsächlich erreicht werden;
- **an die von der Gruppe „Gleichstellung“ durchgeführte Umfrage zu Einbeziehung, Verteilung der Aufgaben und Wohlergehen anknüpfen** und gegebenenfalls Maßnahmen für ein ausgewogeneres Geschlechterverhältnis im EWSA vorschlagen;
- **die strategische Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Rat fördern**, um die Geschlechtergleichstellung in allen einschlägigen Politikbereichen der EU zu verankern;
- **Rundtischgespräche organisieren, damit die Gleichstellung der Geschlechter bei allen politischen Arbeiten und Tätigkeiten des EWSA durchgängig berücksichtigt wird**;
- **strukturelle Lösungen zur Erhöhung des Frauenanteils auf allen Ebenen des Ausschusses vorantreiben** und die Fortschritte durch eine regelmäßige Berichterstattung genau überwachen;
- **die Transparenz der Arbeit des EWSA erhöhen**, die strukturelle Einbeziehung in das Transparenzregister der EU sicherstellen und das Ethikgremium der EU unterstützen.

UNSER KLARES BEKENNTNIS ZU EUROPA

Eine hörbare und gewichtige Stimme

Eine Einrichtung, die in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird

Der EWSA wird seine Aufgabe als beratende Einrichtung für die EU-Institutionen und als repräsentatives Sprachrohr für Interessenträger und für die Bürgerinnen und Bürger stärken, indem er ein breites Spektrum von Interessenträgern einbezieht. Hierfür müssen die Arbeit und die Prioritäten des EWSA klar nach außen vermittelt werden. Mit einer gründlichen institutionellen Reform wollen wir der Stimme des EWSA mehr Gewicht verleihen und ihm mehr Gehör verschaffen. Während der Mandatsperiode werde ich einen neuen Ansatz für die Arbeit des Ausschusses vorantreiben, um eine konsequente Kontaktaufnahme mit den EU Institutionen und Interessenträgern zu ermöglichen: Mit einer neuen Aufmachung der Stellungnahmen werden klarere Botschaften vermittelt, so dass wichtige Schlussfolgerungen und Empfehlungen sofort ins Auge fallen.

Als neu gewählter Präsident des EWSA werde ich

- *mich für eine überzeugende und wirksame Präsenz in den sozialen Medien und eine **umfassende Überarbeitung des EWSA-Internetportals** einsetzen, um unsere Aktivitäten, Veranstaltungen und Veröffentlichungen besser bekannt zu machen;*
- *eine **aktive Förderung und bessere Weiterverfolgung der Empfehlungen des EWSA** an die Institutionen und Interessenträger durch eine enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen **sicherstellen**;*
- *ein **neues Format für Stellungnahmen einführen**, damit die Empfehlungen der Zivilgesellschaft besser wahrgenommen werden;*
- *das **IT-Tool NaviGate einsetzen**, um allen Interessenträgern die **Arbeit des EWSA** und seine Stellungnahmen in den verschiedenen Phasen **bekannt zu machen**.*

Eine zukunftsorientierte Einrichtung, die sich auf Fakten stützt

Als Haus der europäischen organisierten Zivilgesellschaft ist der EWSA der beste Ort, um die Anliegen, Probleme und Herausforderungen der Bürgerinnen und Bürger zur Sprache zu bringen und proaktiv anzugehen. Der Ausschuss muss deshalb bei seiner Arbeit einen faktengestützten und zukunftsorientierten Ansatz verfolgen, um einen bestmöglichen Beitrag zur politischen Tagesordnung der EU-Institutionen zu leisten. Auf diese Weise könnte der EWSA eine wichtige Rolle spielen, wenn es darum geht, die verschiedenen Transformationsprozesse unserer Zeit frühzeitig zu identifizieren.

Die Anpassung an die sich wandelnden Zeiten setzt voraus, dass das in den Verträgen festgelegte Mandat des EWSA als beratende Einrichtung optimal genutzt wird, indem Megatrends proaktiv aufgespürt und interpretiert, Lücken in der Gesetzgebung ermittelt und Vorschläge für umfassende Aktionspläne ausgearbeitet werden, wobei der Aspekt der Vorausschau systematisch in unseren Diskussionen verankert werden muss. Die Entwicklung einer zukunftsorientierten Perspektive der Arbeit des EWSA wird auch eine bessere Positionierung im Beschlussfassungsprozess ermöglichen, und es wird einfacher, neue Prioritäten für die künftige Kommission vorschlagen.

Als neu gewählter Präsident des EWSA werde ich

- **die Beziehungen des EWSA zu Denkfabriken stärken**, indem diese in die Erarbeitung ausgewählter Stellungnahmen einbezogen werden;
- **die Methodik der Stellungnahmen überarbeiten und Sondierungs- und Initiativstellungnahmen einsetzen**, um langfristige Herausforderungen angemessen zu untersuchen;
- **einen jährlichen Denkfabrik-Gipfel des EWSA einberufen**;
- **in unseren Stellungnahmen systematisch eine vorausschauende Analyse durchführen**;
- **auf der Arbeit im Rahmen des „Aufrufs zu einem europäischen Blauen Deal“ aufbauen und dieses Thema für die neuen Prioritäten der Kommission und eine potenzielle EU Bürgerinitiative in Stellung bringen**.

Seit den Römischen Verträgen und der Gründung unseres Ausschusses haben die Aufgaben und Befugnisse des EWSA an Bedeutung gewonnen. Mit Blick auf die Zukunft und nach der Konferenz zur Zukunft Europas ist ein neuer Konvent zur Überarbeitung unserer Gründungsverträge greifbarer als je zuvor. Ich möchte, dass der EWSA darauf vorbereitet ist, seine Rolle in diesem bevorstehenden Prozess in vollem Umfang wahrzunehmen.

Als neu gewählter Präsident des EWSA werde ich

- **eine gründliche Analyse der Beteiligung des EWSA und der Zivilgesellschaft an früheren Vertragsverhandlungen auf den Weg bringen** und ihre potenzielle künftige Rolle durch **die Zusammenstellung einer Reihe bewährter Verfahren und die Ausarbeitung eines praktikablen Vorschlags für eine stärkere Rolle des EWSA** ausloten. Hiermit will ich unserem Engagement mehr Gewicht verleihen und unseren Einfluss und unsere Sichtbarkeit erhöhen, etwa durch **spezifische Empfehlungen für Änderungen an den Verträgen, wo sie erforderlich sind**.

EWSA-PRÄSIDENT OLIVER RÖPKE

Die Sozialagenda der EU voranbringen und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit im 21. Jahrhundert sichern

Diese Präsidentschaft fällt in eine Zeit, die von den sozialen, geopolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen zahlreicher Krisen geprägt ist: Wir sehen die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, der anhaltenden militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine und benachbarte Länder, der Bedrohung der Werte von Demokratie und Freiheit, der dramatisch gestiegenen Lebenshaltungskosten und der neuen weltweiten Instabilität des Bankensektors. Gleichzeitig hat sich die EU gemeinsam mit ihren internationalen Partnern Klimazielen verpflichtet, die unverzügliches und nachhaltiges Handeln erfordern. Ein kollektives Versagen können und dürfen wir uns nicht leisten, denn noch sind der ökologische und der digitale Wandel nicht Wirklichkeit. Die zahlreichen Krisen könnten die Widerstandsfähigkeit der EU beeinträchtigen, die soziale und wirtschaftliche Ungleichheit verschärfen und Populismus sowie egozentrischen Nationalismus befeuern.

Mehr denn je muss die Europäische Union nun strategische Weichen stellen, um die in den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen und im europäischen Grünen Deal festgelegten Ziele zu erreichen, die Widerstandsfähigkeit Europas zu stärken und eine offene strategische Autonomie in einer regelbasierten Weltordnung sicherzustellen.

Die Zukunft Europas und insbesondere die Rolle der Europäischen Union als Projekt des Friedens, gemeinsamer Werte und des Wohlergehens ihrer Bürgerinnen und Bürger steht auf dem Spiel. Gerade die organisierte Zivilgesellschaft kann entscheidend dazu beitragen, die wichtigsten Prioritäten der heutigen Zeit voranzubringen. Um die Widerstandsfähigkeit der EU zu stärken, muss zugleich auch die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit der EU-Politik gestärkt werden.

Die politischen Prioritäten der Agenda des EWSA sind darauf ausgerichtet, eine widerstandsfähigere EU zu schaffen, indem die Umsetzung des Grünen und Sozialen Deals und der Nachhaltigkeitsziele zur Bewältigung des digitalen und des ökologischen Wandels beschleunigt wird.

Die Sozialagenda der EU voranbringen

Die zahlreichen Krisen, mit denen die EU konfrontiert ist, zeigen deutlich, dass wir das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger schützen und die soziale Inklusion stärken müssen. Darüber hinaus wirken sich die Veränderungen unserer Gesellschaften infolge des ökologischen und des digitalen Wandels auf die Art und Weise aus, wie wir in Europa leben, konsumieren und arbeiten.

30 Jahre nach der Errichtung des Binnenmarkts muss der EWSA seine Bemühungen auf eine soziale und wirtschaftliche Aufwärtskonvergenz konzentrieren, bei der niemand zurückgelassen wird. Ein gerechter und auf die Menschen ausgerichteter Ansatz wird soziale Rechte gewährleisten, gute Arbeitsmarktbedingungen garantieren und zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung beitragen. Diesbezüglich muss der EWSA die Umsetzung eines Grünen und Sozialen Deals, der Nachhaltigkeitsziele und der Europäischen Säule sozialer Rechte unterstützen.

Angesichts der erheblichen Auswirkungen des digitalen und des ökologischen Wandels auf Arbeitsplätze und Beschäftigung muss sich der EWSA für den Schutz der Beschäftigten und nachhaltige Arbeitsbedingungen einsetzen, um soziale Konvergenz und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Beschäftigten sicherzustellen. Wichtige Ziele, für die sich der EWSA auch in Zukunft einsetzen muss, sind deshalb: die Förderung von Tarifverhandlungen, der soziale Dialog und die Einbeziehung der Arbeitnehmer, einschließlich der Demokratie am Arbeitsplatz, die Aufwärtskonvergenz bei Löhnen und Arbeitsbedingungen in ganz Europa, das Vorgehen gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, der stärkere Einsatz der EU gegen das geschlechtsspezifische Lohngefälle sowie der Schutz von Arbeitsplätzen und Einkommen durch Maßnahmen, die den sozialen Folgen der dramatisch gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung tragen.

Im Interesse eines fairen und gerechten Übergangs sind insbesondere im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr der Kompetenzen die Entwicklung der Fähigkeiten und Kompetenzen der Beschäftigten für die Erschließung neuer Möglichkeiten und die Anpassung an das digitale Zeitalter von entscheidender Bedeutung. Da der digitale und der ökologische Wandel auch Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen haben wird, ist es unerlässlich, den Schutz der Grundrechte der Arbeitnehmer und der Arbeitnehmerrechte zu verbessern und den technologischen und sonstigen Wandel am Arbeitsplatz gemeinsam mit den Sozialpartnern zu bewältigen.

Der Schutz der Arbeitnehmer muss auch die verstärkt schutzbedürftigen Arbeitnehmer umfassen, die unter sozialer Ungleichheit leiden. Zur Gewährleistung von Gleichbehandlung und Chancengleichheit muss die Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt weiterhin Priorität haben. Besondere Aufmerksamkeit sollte dabei strukturellen Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz gewidmet werden.

Infolge der zahlreichen Krisen spüren wir zwar alle die Inflation und steigende Energiepreise, besonders betroffen sind jedoch sozial schwache Bevölkerungsgruppen, die Landwirtschaft und der ländliche Raum. Armut und Obdachlosigkeit nehmen zu. Der EWSA muss sich deshalb für saubere und erschwingliche Energie für alle einsetzen. Ein gleichberechtigter Zugang zu Energie ist ein Grundrecht. Maßnahmen zur Bekämpfung der Energiearmut und zur Stärkung der Verbraucher im Rahmen der Energiewende müssen im Mittelpunkt der politischen Prioritäten des EWSA im Bereich Energie stehen. Auch dem Problem der Obdachlosigkeit muss sich der EWSA zuwenden und eine nachhaltige und integrative Wohnungspolitik unterstützen.

Schließlich haben die Veränderungen infolge der verschiedenen Krisen der letzten Jahre den Druck erhöht, der auf den Bürgerinnen und Bürgern lastet, was sich zum Teil auch auf ihr psychisches Wohlbefinden auswirkt. Angesichts der EU-weit zunehmenden Probleme im Bereich der psychischen Gesundheit muss der EWSA einen umfassenden Ansatz zur Bewältigung dieser Probleme unterstützen und konkrete Vorschläge dazu unterbreiten.

Nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit im 21. Jahrhundert sichern

Die europäische Wirtschaft konzentriert sich auf die Bekämpfung der Inflation sowie den Schutz der Stabilität des Finanzsystems und bemüht sich zugleich, das Wirtschaftswachstum und den sozialen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Das für 2050 angestrebte Ziel der Klimaneutralität zwingt die Industrie in der EU zu einem raschen Umstieg auf klimaneutrale Technologien und steigert die Nachfrage nach kritischen Rohstoffen. Auch die Digitalisierung bringt neue Technologien mit sich, die die Art und Weise, wie wir arbeiten, verändern können. In Verbindung mit der derzeit stattfindenden Regionalisierung des Handels wirken sich diese Entwicklungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und den Binnenmarkt aus.

Es bedarf einer langfristigen Strategie, um das europäische Modell des Wirtschaftswachstums zu schützen, das auf nachhaltiger Wettbewerbsfähigkeit, offener strategischer Autonomie und fairem Wettbewerb beruht. Der Binnenmarkt, der auch 30 Jahre nach seiner Errichtung noch immer nicht vollendet ist, wird ein wichtiger Baustein im Rahmen dieser Bemühungen sein. Der EWSA wird zu weiteren Anstrengungen aufrufen, um günstige Rahmenbedingungen für europäische Unternehmen jeder Größe (einschließlich KMU) zu schaffen, damit sie innovativ tätig sein, investieren und wachsen können. Der EWSA wird sich für einen stabilen Binnenmarkt als Quelle des Wohlstands für die Unternehmen in der EU und für das Wohlergehen der EU-Bürgerinnen und -Bürger starkmachen. Darüber hinaus müssen wir sicherstellen, dass unsere Industrie für den digitalen und den ökologischen Wandel gerüstet ist, um das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen. Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen infolge des anhaltenden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zeigen deutlich, dass wir unsere strategischen Abhängigkeiten, insbesondere bei kritischen Rohstoffen, Energie und Nahrungsmitteln, verringern und gleichzeitig weltweit wettbewerbsfähig bleiben müssen. Der EWSA ist überzeugt, dass saubere Technologien und kreislaforientierte Lösungen, ein auf den Menschen ausgerichteter und integrativer Ansatz für die Digitalisierung sowie ein nachhaltiges Konzept für die Energieversorgungssicherheit und eine offene strategische Autonomie im internationalen Handel das Fundament einer widerstandsfähigen EU-Industriepolitik bilden müssen.

Schließlich ist die Überprüfung des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung von entscheidender Bedeutung für die Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit der europäischen Wirtschaft. Ein einfacherer, transparenterer und wirksamerer Rahmen mit mehr nationaler Eigenverantwortung und einer besseren Durchsetzung wird dazu beitragen, die grüne, digitale und widerstandsfähige Wirtschaft der Zukunft aufzubauen, ein inklusives Wachstum zu fördern und zugleich die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen in allen Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Zusammen mit einer gestärkten Banken- und Kapitalmarktunion wird dies auch die Stabilität des Finanzsystems im Euro-Währungsgebiet stärken. Der EWSA wird weiterhin zum Europäischen Semester beitragen und die Vollendung der Banken- und Kapitalmarktunion als wichtige Meilensteine für eine nachhaltige und inklusive Erholung unterstützen.

Der EWSA ist überzeugt, dass die EU eine Quelle des Wohlstands bleiben wird. Er wird Vorschläge dazu erarbeiten, wie diese Herausforderungen bewältigt und zugleich der soziale Dialog, gerechte Löhne und gute Tarifverhandlungssysteme als wesentliche Bausteine der Europäischen Säule sozialer Rechte und des europäischen Sozialmodells gefördert werden können.

BEITRÄGE DES SEKRETARIATS: AUSGEWÄHLTE POLITISCHE PRIORITÄTEN

Die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen beschleunigen

Die verschiedenen zusammenhängenden globalen Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, gefährden die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele bis 2030 erheblich. Die Nachhaltigkeitsziele bilden als unser Leuchtturm und Kompass die einzige denkbare universelle Vision für Frieden, sozioökonomischen Wohlstand und ökologische Nachhaltigkeit. Wenn die den Nachhaltigkeitszielen zugrunde liegenden Grundsätze der sozialen Inklusion, der sauberen Energie, des Zugangs aller zu öffentlichen Diensten und des verantwortungsvollen Konsums und der verantwortungsvollen Produktion nicht umgesetzt werden, drohen weitere Krisen und geopolitische Rivalitäten.

Dem EWSA kommt eine Schlüsselrolle bei der Förderung der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu, wie sein jüngster Beitrag zum freiwilligen Bericht der EU zeigt, der im Sommer 2023 auf dem hochrangigen politischen Forum in New York vorgestellt werden soll.

Verschiedenen Themen sollte der EWSA besondere Aufmerksamkeit widmen: Nötig sind eine umfassende EU-Strategie für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zur Gewährleistung einer kohärenten Politik sowie eine stärker strukturierte Einbeziehung der Zivilgesellschaft, wobei der EWSA der Zivilgesellschaft einen Raum für die Kontaktaufnahme zu politischen Entscheidungsträgern bieten könnte. Zudem sollte die soziale Dimension der Nachhaltigkeit einen Schwerpunkt seiner Arbeit bilden, da der Wandel nur dann gelingen kann, wenn er auf einer breiten Unterstützung beruht, der Übergang gerecht verläuft und eine aktive Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen gegeben ist.

Einsatz junger Menschen für Klima und Nachhaltigkeit

Die generationenübergreifende Natur der Klima- und Nachhaltigkeitspolitik und ihrer Umsetzungsmechanismen muss sich in einer starken, inhaltlich relevanten Einbindung junger Menschen in allen Phasen des EU-Beschlussfassungsprozesses widerspiegeln, von der Ausarbeitung von Legislativvorschlägen und Initiativen über die Durchführung bis hin zur Überwachung und Weiterverfolgung. Für die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele durch den europäischen Grünen Deal ist ein neues Konzept erforderlich: ein inklusiveres Multi-Stakeholder-Governance-Modell, bei dem die Teilhabe junger Menschen ein zentrales Anliegen ist und weit über Ad-hoc-Sitzungen und bloße Aufforderungen zur Konsultation hinausgeht.

Der EWSA wird sich weiterhin darum bemühen, junge Menschen in seine Arbeit einzubeziehen, und die EU-Organe auffordern, junge Menschen in strukturierter Weise inhaltlich einzubinden. Insbesondere wird der Ausschuss auch weiterhin Jugendklima- und -nachhaltigkeitsdebatten veranstalten und einen Jugenddelegierten in seine Delegation

für die Vertragsstaatenkonferenzen der UN Klimarahmenkonvention aufnehmen, den EU-Jugendtest anwenden, um einen kohärenten Ansatz für die Einbeziehung junger Menschen in seine Arbeit zu entwickeln, und sonstige weitreichende Ideen zur Einbeziehung junger Menschen prüfen. So wird es gelingen, die EWSA-Entschießung „Langfristige Resonanz des Europäischen Jahres der Jugend: durchgängige Berücksichtigung junger Menschen und Stärkung ihrer Handlungskompetenz“ umzusetzen.

Kreislaufwirtschaft

Die Europäische Plattform der Interessenträger für die Kreislaufwirtschaft (ECESP) zeigt mit großem Erfolg, wie die Kreislaufwirtschaft in Europa und darüber hinaus vorangetrieben werden kann. Die ECESP fördert über eine Website den Dialog und den Austausch von Wissen und Sachverstand sowie bewährter Verfahren. So unterstützt sie Unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft und Behörden bei der Beschleunigung des Übergangs zur Kreislaufwirtschaft in ganz Europa.

Der EWSA wird auf dem Erfolg der wichtigsten Outreach-Aktivitäten der ECESP aufbauen, wie den EU Gesprächen über die Kreislaufwirtschaft für einen hochrangigen Austausch über aktuelle Themen in diesem Bereich sowie die ECESP-Jahreskonferenz. Überlegungen zur Kreislaufwirtschaft müssen auch durchgängig in anderen Politikbereichen berücksichtigt werden, wie z. B. bei nachhaltigen Lebensmittelsystemen und der Entwicklung des ländlichen Raums.

Grüner Wandel der europäischen Industrie

Das Ziel, die Treibhausgasemissionen der EU bis 2030 um 55 % zu senken, ist eine anspruchsvolle Aufgabe, die einen klaren Plan für einen gerechten Übergang in den kommenden Jahrzehnten erfordert. Alle Branchen werden sich einem tiefgreifenden Wandel unterziehen müssen. Die Energie- und Klimawende kann nur dann Erfolg haben, wenn sie von den Unionsbürgern mitgetragen wird. Deshalb gilt es, Zugang zu guten Arbeitsplätzen und erschwinglichen Produkten zu gewährleisten.

Mit dem europäischen Blauen Deal wird der von der Kommission vorgeschlagene Fahrplan für den Grünen Deal um eine neue Dimension ergänzt. Der EWSA, der den EU-Organen diese neue umfassende EU-Wasserpolitik ans Herz legt, wird ihre Umsetzung während der nächsten Mandatsperiode der Kommission überwachen müssen.

Einer Reihe spezifischer Fragen sollte besonderes Augenmerk gewidmet werden. Dies betrifft insbesondere den notwendigen europäischen Blauen Deal. Der EWSA wird auch weiterhin für die Gesamtkoordinierung der Folgemaßnahmen zu diesem Querschnittsthema sorgen. Es gilt, die Ökologisierung der Industrie, insbesondere der ressourcenintensiven Branchen, sowie den Ausbau sauberer Technologien, einschließlich wassereffizienter Technologien, zu unterstützen. Der EWSA muss sich an den politischen Debatten der EU über die sozialen Aspekte der Energie- und Klimawende beteiligen. Sein Fachwissen sollte genutzt werden, um Herausforderungen zu ermitteln und Lösungen für einen fairen Deal für die Bürgerinnen und Bürger der EU in Bezug auf Beschäftigung und erschwingliche Produkte, Energie und Dienstleistungen für alle vorzuschlagen.

Umfassende Digitalisierung der europäischen Industrie

Die Digitalisierung eröffnet insgesamt neue Chancen für die EU-Industrie und für Dienstleistungen, sie birgt aber auch neue Herausforderungen. So müssen z. B. Unterstützungsinstrumente konzipiert werden, um für große wie kleine Industrieunternehmen in der EU gleiche Voraussetzungen für den Erwerb dieser neuen Technologien sicherzustellen. Auch muss viel mehr Gewicht auf die Zukunft der Industrie-arbeitsplätze gelegt werden, nicht um den Wandel zu verhindern, den dieser Prozess für unsere Industrie und Gesellschaft mit sich bringt, sondern um einen gerechten Übergang und einen Ansatz zu fördern, bei dem die Menschen im Mittelpunkt stehen.

Der EWSA wird die Entwicklung in neuen technologischen Sektoren wie dem Metaversum im Einklang mit europäischen Standards unterstützen und die Auswirkungen der künstlichen Intelligenz (KI) auf die verschiedenen Industriezweige beleuchten, sich weiterhin für Schlüssel- und Spitzentechnologien einsetzen, einschließlich für Themen wie Robotik und Drohnen, sich um Mitwirkung an begleitenden Aktivitäten zur Unterstützung der allgemeinen Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie bemühen, einschließlich der Beteiligung an Industrieallianzen, die sich nach dem Vorbild der

Europäischen Rohstoffallianz (ERMA) mit Digitalisierungsthemen befassen, und eine strukturiertere Einbeziehung der Zivilgesellschaft unterstützen. Denn der Wandel wird nur erfolgreich sein, wenn er auf breiter Unterstützung, einem gerechten Übergang und einer aktiven Beteiligung aller Teile der Gesellschaft beruht.

Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit und der offenen strategischen Autonomie der EU Industrie

Ein Hauptziel der Industriepolitik der Europäischen Kommission besteht seit einigen Jahren darin, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie insgesamt sicherzustellen. Neben der internen Dimension sind viele außenpolitische Themen ganz klar auch eng mit der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie verknüpft. Immer deutlicher zeigt sich, wie wichtig eine offene strategische Autonomie ist. Auch die Frage, wie öffentliche Mittel und staatliche Beihilfen mobilisiert werden können, um die Industrie ohne Wettbewerbsverzerrungen zu unterstützen, sowie die Kriterien für die Verwendung und Zuweisung solcher Mittel müssen geklärt werden. Diesbezüglich wird sich der EWSA auf strategische Wertschöpfungsketten konzentrieren.

Der EWSA wird eine umfassende EU-Strategie für kritische Rohstoffe konzipieren sowie seine Beteiligung an der ERMA fortsetzen, den Ausbau der zunehmend offenen Autonomie strategischer Sektoren wie Verteidigung, Weltraum und Chips unterstützen und Überlegungen dazu beisteuern, wie sich Unternehmen vor Datenschutzverletzungen, Cyberangriffen und digitaler Spionage schützen können.

Reformen für eine resiliente EU-Wirtschaft

Das aktuelle wirtschaftliche Umfeld stellt eine Herausforderung für die Umsetzung einer Wirtschaftspolitik dar, die die Inflation senken und gleichzeitig Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen mittel- und langfristig sichern soll. Der EWSA wird Empfehlungen vorlegen, mit denen politische Entscheidungsträger Strategien entwickeln können, um einen nachhaltigen und inklusiven Aufschwung sicherzustellen und eine resiliente EU-Wirtschaft aufzubauen und zugleich den grünen und den digitalen Wandel voranzubringen.

Der EWSA wird weiterhin halbjährliche Empfehlungen zu der Empfehlung der Europäischen Kommission zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets und zum Jahresbericht über nachhaltiges Wachstum vorlegen und so rechtzeitig einen aktuellen politischen Beitrag zum Prozess der wirtschaftspolitischen Koordinierung im Rahmen des jährlichen Zyklus des Europäischen Semesters leisten.

Der EWSA wird auch weitere Empfehlungen für die Reform des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung vorlegen, da eine starke haushalts- und strukturpolitische Koordinierung sowie eine wirksame wirtschafts- und fiskalpolitische Überwachung erforderlich sind.

Ferner wird er Vorschläge für eine Reform der Konsultations- und Koordinierungsverfahren im Rahmen des Europäischen Semesters vorlegen, die darauf abzielen, diese Verfahren einfacher, demokratischer und transparenter zu gestalten. Mithilfe seiner Gruppe „Europäisches Semester“ wird sich der EWSA weiterhin für breit angelegte Konsultationen der organisierten Zivilgesellschaft der EU starkmachen, denn es gilt, die Umsetzung der nationalen Pläne im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität zu überwachen und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft sowohl auf Unions- als auch auf nationaler Ebene sicherzustellen.

Vollendung der Kapitalmarkt- und der Bankenunion

Die EU-Finanzmärkte müssen integriert und stabil sein, um die Erholung in Europa zu unterstützen und die EU beim Übergang zu einer klimaneutralen und zunehmend digitalen Wirtschaft mit nachhaltigem und inklusivem Wachstum wieder auf Kurs zu bringen. Die Erholung wird entscheidend davon abhängen, ob die europäischen Finanzmärkte in der Lage sind, ausreichende Liquidität und bessere Risikoteilung zu gewährleisten. Unabdingbar sind entscheidende Schritte zur Entwicklung einer effizienten und integrierten Kapitalmarktunion sowie einer vollwertigen Bankenunion, die alle Mitgliedstaaten umfasst und auf eine weitere Harmonisierung und die Beseitigung grenzüberschreitender Hindernisse ausgerichtet ist. Gleichzeitig ist eine solide Regulierung und Überwachung zu gewährleisten. Die Europäische Kommission wird die Umsetzung des Aktionsplans zur Kapitalmarktunion weiterverfolgen, und der Überprüfung des derzeitigen Rahmens für Bankenaufsicht, Insolvenz und Abwicklung sowie Einlagensicherungssystemen wird erhebliche Bedeutung zukommen.

In der nächsten Hälfte der Mandatsperiode wird sich der EWSA mit zentralen Politikbereichen wie dem Krisenmanagement im Bankensektor und der Einlagensicherung befassen, zur Debatte über ein nachhaltiges Finanzwesen beitragen, öffentliche Anhörungen zu diesen wichtigen Themen veranstalten, die verstärkte Teilnahme von EWSA-Berichterstattern an Sitzungen und Anhörungen des ECON-Ausschusses des Europäischen Parlaments anstreben und engere Beziehungen zur Ständigen Vertretung des Landes des jeweiligen EU-Ratsvorsitzes entwickeln, um eine aktivere Beteiligung der EWSA-Mitglieder an zentralen Veranstaltungen wie dem hochrangigen Seminar und dem Finanzforum von EUROFI zu fördern.

Ein mehrjähriger Finanzrahmen, der den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird und eine starke Kohäsionspolitik ermöglicht

Der EWSA hat wiederholt gefordert, den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) auf Beschäftigung, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auszurichten. Er plädiert für einen starken, mit angemessenen Mitteln ausgestatteten EU-Haushalt, der es ermöglicht, die Ziele der Union zu erreichen. Der EWSA wird weiterhin erörtern, wie der EU-Haushalt stärker aus echten Eigenmitteln finanziert werden könnte.

Der Kohäsionspolitik kommt eine Schlüsselrolle dabei zu, eine ausgewogene Erholung mit nachhaltigem Wachstum zu gewährleisten, Konvergenz zu fördern, soziale Ausgrenzung zu bekämpfen und sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird. Der EWSA wird weiterhin betonen, dass der Zusammenhalt dazu beitragen sollte, die vereinbarten Maßnahmen in Bezug auf Digitalisierung und Zugänglichkeit von Dienstleistungen, Reindustrialisierung, KMU und Breitbanddienste in den Regionen voranzubringen.

Der EWSA wird eine Stellungnahme zur Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens erarbeiten, der Kommission auf ihr Ersuchen hin Vorschläge zu neuen Eigenmitteln für den EU-Haushalt unterbreiten, eine Stellungnahme zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2027 vorlegen, weitere Vorschläge für eine Kohäsionspolitik unterbreiten, die den tatsächlichen Interessen der EU-Bürgerinnen und -Bürger entspricht und den langfristigen Zielen der Konvergenz zwischen den Regionen der EU gerecht wird, und eine Stellungnahme zu dünn besiedelten Gebieten, Inseln und Berggebieten der EU erarbeiten, in der betont wird, dass alle Regionen der EU ein ausgewogenes Wachstum und eine ausgewogene Entwicklung brauchen.

Wirtschaftliche und soziale Erholung von den Auswirkungen der Pandemie und Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine und dem daraus resultierenden Anstieg der Energiepreise und der Lebenshaltungskosten

Der EWSA hat sich seit jeher für die Aufwärtskonvergenz und eine wirksamere Sozialpolitik sowohl auf Ebene der EU als auch der Mitgliedstaaten ausgesprochen. Das gemeinsame Bekenntnis zum europäischen Sozialmodell wird durch die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte bekräftigt.

Im laufenden grünen und digitalen Wandel werden neue Arbeitsformen, der Schutz der kollektiven Rechte, die Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen, die Bekämpfung hoher Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung und Armut, die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte sowie Inklusion und Gleichheit in all ihren Facetten und Kompetenzbereichen weiterhin wichtige Themen sein, die gemeistert werden müssen.

Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz könnten den Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften grundlegend verändern und erhebliche Umwälzungen der Wirtschafts- und Produktionsprozesse mit sich bringen.

In der nächsten Hälfte der Mandatsperiode wird sich der EWSA auf Folgendes konzentrieren: die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte, Arbeitsbedingungen, neue Arbeitsformen und Auswirkungen auf die Beschäftigung von jungen Menschen und Frauen, die Sozialsysteme (Pflege und Betreuung sowie Gleichstellung in all ihren Facetten, einschließlich Einkommensgleichheit), die Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung sowie die durchgängige Berücksichtigung der Jugend und den EU-Jugendtest.

Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit

In vielen Ländern sind die Grundrechte und Grundwerte sowie die Rechtsstaatlichkeit durch wachsende populistische Bewegungen und Demokratieabbau nach wie vor bedroht.

Künstliche Intelligenz hat das Potenzial, gezielte Desinformation massiv zu verstärken, hochqualifizierte Fachkräfte in zahlreichen Funktionen zu ersetzen und als Zwangs- und Kontrollinstrument eingesetzt zu werden.

Der EWSA wird die Umsetzung des Pakets zur Verteidigung der Demokratie der Europäischen Kommission nachdrücklich unterstützen und sich bei der Entwicklung künstlicher Intelligenz auf die Grundrechte konzentrieren.

Migration

Konflikte, der Klimawandel und wirtschaftliche Ungleichheit werden weiterhin zu Migration führen. Der EWSA wird sich auf eine Migrationssteuerung konzentrieren, die den Verpflichtungen gemäß dem Unionsrecht und dem Völkerrecht entspricht und der demografischen Entwicklung sowie den wirtschaftlichen Interessen der EU Rechnung trägt.

Eine sichere und stabile Nachbarschaft

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine bedroht nicht nur die der Europäischen Union zugrunde liegenden Werte, sondern ist auch der schlagende Beweis dafür, dass die regelbasierte Weltordnung in Gefahr ist und wir in eine instabilere geopolitische Phase eingetreten sind, die wir gemeinsam bewältigen müssen.

Unsere unmittelbare Nachbarschaft sollte für uns vorrangige Bedeutung behalten. Die Östliche Partnerschaft ist in den letzten Jahren stark unter Druck geraten, zunächst durch die Entscheidung von Belarus, seine Teilnahme auszusetzen, und dann durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Während sich Belarus nach wie vor im eisernen Griff der Unterdrücker seiner Demokratie befindet, kämpft die Ukraine für ihre Freiheit, und Moldau setzt seinen europäischen Weg trotz konstantem Druck aus Russland fort.

In der nächsten Hälfte der Mandatsperiode wird sich der EWSA weiter dafür einsetzen, die Arbeit der Plattformen der Zivilgesellschaft „EU-Ukraine“, „EU-Moldau“ und „EU-Georgien“, die durch die Assoziierungsabkommen mit diesen Ländern eingerichtet wurden, zu stärken und zu fördern. Die regelmäßigen Arbeiten und Treffen dieser Plattformen spielen für den Weg dieser Länder in die europäische Integration eine zentrale Rolle. Über die Plattform der Zivilgesellschaft „EU-Armenien“ werden auch kontinuierliche Verbindungen zur Zivilgesellschaft dieses Landes unterhalten.

Der EWSA wird die unabhängige Zivilgesellschaft innerhalb und außerhalb von Belarus, die enormem Druck des Regimes ausgesetzt ist, weiterhin unterstützen. Wir werden auch die zivilgesellschaftlichen Entwicklungen in Aserbaidschan verfolgen und auf einem echten zivilen und sozialen Dialog bestehen.

Die Westbalkanländer warten seit Jahren auf ihre Aufnahme in die EU. Die Zivilgesellschaft dieser Länder arbeitet ständig mit dem EWSA zusammen und spricht sich für kontinuierliche Verbesserungen bei der Angleichung an das europäische Recht und die europäischen Werte aus, damit ihre Bemühungen, Teil der europäischen Familie zu sein, endlich zum Erfolg führen. Dies liegt auch im Interesse des Friedens und der Stabilität in der Region.

Der Dialog mit den Mittelmeerländern, von denen sich viele in einer schwierigen politischen Lage befinden und gleichzeitig vor enormen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen stehen, muss fortgesetzt werden. Der Europa-Mittelmeer-Gipfel des EWSA wird weiterhin einen echten sozialen Dialog in der Region fördern und sich auf gemeinsame Prioritäten wie die Anpassung an den Klimawandel, die Energieversorgungssicherheit und die wirksame Steuerung der Migrationsströme konzentrieren.

Zusammenarbeit mit Partnern im Hinblick auf faire und gerechte Gesellschaften, in denen die Menschenrechte geachtet werden

In allen Teilen der Welt nehmen derzeit die Ungleichheiten zu. Die COVID-19-Pandemie hat die Lage weiter verschlechtert und Fortschritte vieler Jahre zunichte gemacht, und durch den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wurde die Aufmerksamkeit von anderen wichtigen Herausforderungen abgelenkt. Die internationale Gemeinschaft muss ihre Bemühungen um den Abbau von Ungleichheiten wieder aufnehmen und ihr Festhalten an der multilateralen regelbasierten Ordnung und den universellen Menschenrechten bekräftigen. 2023 bietet sich dafür an, denn in diesem Jahr begehen wir den 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Zudem ist das Jahr 2023 ein wichtiges Jahr für die Halbzeitbewertung der Nachhaltigkeitsziele.

Der EWSA wird einen Beitrag zu diesen Bemühungen leisten und dazu mit der Zivilgesellschaft aus den AKP-Staaten und den lateinamerikanischen Ländern zusammenarbeiten, um gemeinsam mit ihnen zentrale Verpflichtungen im Zusammenhang mit den Nachhaltigkeitszielen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, einschließlich grundlegender Arbeitnehmer- und Gleichstellungsrechte, umzusetzen. Weiterhin wird er verfolgen, wie die Umsetzung von Vorhaben im Rahmen der EU-Initiative „Global Gateway“ zur Verwirklichung dieser Ziele beiträgt, und durch gezielte Stellungnahmen und Tätigkeiten zur Stärkung der EU-Klimadiplomatie, zur Bekämpfung von Desinformation und ausländischer Einflussnahme und zu dem Beitrag, den die Zivilgesellschaft zur Stärkung des Multilateralismus und zentraler internationaler Grundsätze für eine regelbasierte Ordnung in einer sich rasch wandelnden Welt leisten kann, Denkanstöße liefern.

Förderung eines nachhaltigen Handels, der allen zugutekommt

Um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu erhalten und die Widerstandsfähigkeit in Krisenzeiten zu stärken, ist es wichtig, dass die Aushandlung, Umsetzung und Durchsetzung von Handelsabkommen durch die Zivilgesellschaft überwacht werden.

Der EWSA wird auch weiterhin administrative und politische Unterstützung für die im Rahmen der EU-Handelsabkommen eingerichteten internen Beratungsgruppen leisten, dafür eintreten, dass Mängel bei den Umwelt- und Arbeitnehmerrechten in der EU und in den Partnerländern wirksam angegangen werden, und durch die Veranstaltung eines zweiten Forums der Zivilgesellschaft für Handel und nachhaltige Entwicklung zur Förderung eines nachhaltigen Handels auf EU-Ebene und in der Welthandelsorganisation beitragen.

Studien und Politikbewertungen: Stärkung der Faktengrundlage der beratenden Arbeiten des EWSA

Permakrise, Polykrise: Mit Wortneuschöpfungen wird versucht, die dramatische Lage und die einschneidenden Ereignisse zu beschreiben, die zu tiefgreifenden Umwälzungen unserer Gesellschaften führen.

In diesem Kontext ist deutlich geworden, wie anfällig die EU ist und dass sie nicht für die Herausforderungen einer Welt in der Dauerkrise gerüstet ist. Nun ist unverzügliches und angemessenes Handeln gefragt. Die Reaktion darf jedoch nicht sein, den Entwicklungen ständig hinterherzulaufen, und der Versuch, Krisen mit kurzfristigen Maßnahmen einzudämmen, wenn sie bereits eingetreten sind. Die EU muss Krisen schon im Voraus erkennen und möglichst versuchen, sie zu vermeiden. Deshalb müssen wir die Zukunft erforschen, antizipieren und versuchen, sie zu gestalten.

Der EWSA ist dank des Sachverständs seiner Mitglieder und Netze in hervorragender Weise in der Lage, einen Beitrag dazu zu leisten und die Vorausschau in der EU wirksamer und partizipativer zu gestalten.

Im Hinblick darauf muss sich der EWSA stärker in die EU-Tätigkeiten im Bereich der Vorausschau einbringen und Einfluss darauf nehmen. Dazu sollte er insbesondere seine Rolle im Rahmen der Agenda für die strategische Vorausschau der EU und konkret bei der Ausarbeitung der jährlichen strategischen Vorausschau, die in die Rede zur Lage der Union einfließt, weiter ausbauen. Auf diese Weise wird der EWSA seiner Aufgabe als Vertretungsinstanz der Zivilgesellschaft gerecht und gewährleistet eine wirklich partizipative Vorausschau auf EU-Ebene, indem er die Standpunkte von Interessenträgern, darunter zivilgesellschaftliche Organisationen, Denkfabriken und Sachverständige, fördert, zusammenträgt und vermittelt.

Der EWSA wird seine Zusammenarbeit mit den anderen EU-Institutionen sowohl im Rahmen bilateraler Beziehungen als auch innerhalb des interinstitutionellen ESPAS-Netzes der EU weiter ausbauen.

Um sein Potenzial voll auszuschöpfen, wird der EWSA seine Mitglieder und Bediensteten auch künftig für die Bedeutung eines vorausschauenden Ansatzes bei seiner Arbeit sensibilisieren und ihre Kompetenzen durch regelmäßige Schulungen, die Organisation von Seminaren und Konferenzen sowie die Teilnahme an externen Veranstaltungen zur Vorausschau erweitern.

Die Rechtsvorschriften und die Politikgestaltung in der EU müssen sich auf Fakten stützen, um besser Bilanz ziehen und berücksichtigen zu können, was funktioniert und was nicht, was geändert und verbessert werden muss und was unsere Gesellschaften, unsere Bürgerinnen und Bürger und Europa wirklich brauchen, um die enormen Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert sind, bewältigen zu können.

Die Dienststellen des EWSA greifen zur Unterstützung und Umsetzung politischer Prioritäten zunehmend auf das jährliche Studienprogramm zurück und beauftragen vor allem externe Sachverständige mit der Untersuchung aktueller Themen, die für die Zivilgesellschaft relevant sind. Damit tragen sie dazu bei, die Faktengrundlage für die legislativen Arbeiten des EWSA zu erweitern.

Ein mittelfristiges Ziel des Studienprogramms besteht darin, mehr vorausschauende und partizipative Bewertungen aufzunehmen, auf die zurückgegriffen werden kann, um Kapazitäten im Bereich der Vorausschau auf- und auszubauen.

Der EWSA wird seinen Beitrag zur Agenda für bessere Rechtsetzung weiterentwickeln und hierzu den Mehrwert der zivilgesellschaftlichen Perspektive in der Bewertungsphase des legislativen Politikzyklus der EU durch Ex-post-Bewertungen zur Geltung bringen. Außerdem wird er sich um eine stärker faktengestützte beratende Arbeit des EWSA bemühen.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und Unterstützung einer raschen Umstellung auf Klimaneutralität

Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie wird auch in den kommenden Jahren ein wichtiges Thema bleiben. Aktuelle Initiativen zur Unterstützung der nationalen Industrie in verschiedenen Teilen der Welt sind in der EU auf zahlreiche Bedenken gestoßen. Die EU muss reagieren und zugleich die Integrität ihres Binnenmarkts erhalten. Die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie kann heute jedoch nicht betrachtet werden, ohne ihre ökologische Dimension zu berücksichtigen. Das Ziel der EU besteht also darin, nicht mehr nur eine wettbewerbsfähige industrielle Basis zu erhalten, sondern auch den Übergang zu einer nachhaltigen Industrie zu finanzieren, bis 2050 CO₂-Neutralität zu erreichen, die europäische Industrie zu dekarbonisieren und den Zugang zu erschwinglicher Energie ohne fossile Brennstoffe zu gewährleisten.

Darüber hinaus sind bei alldem auch die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu berücksichtigen. Die Umstellung auf eine CO₂-arme Wirtschaft wird voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf Arbeitsplätze und Beschäftigungsmöglichkeiten haben, insbesondere in Branchen, die stark von fossilen Brennstoffen abhängig sind. Gleichzeitig kann dieser Wandel auch als Chance gesehen werden, Arbeitsplätze in neuen industriellen Ökosystemen zu schaffen und den Fokus auf spezifische Kompetenzen zu legen, die auf einzelstaatlicher und regionaler Ebene geschaffen werden müssen.

Der EWSA wird seine Arbeiten zu dem Industrieplan zum Grünen Deal fortsetzen. Er wird umfassend auf die verschiedenen Aspekte der Kommissionsinitiative reagieren, die politische Aufmerksamkeit und Maßnahmen erfordern wird. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission, den turnusmäßig wechselnden Ratsvorsitzen und anderen Institutionen muss eine angemessene Weiterverfolgung gewährleistet werden.

Ein weiteres Thema, mit dem sich der EWSA künftig beschäftigen muss, ist die wachsende Nachfrage nach qualifiziertem und sachkundigem Personal in öffentlichen Verwaltungen, dessen Aufgabe es sein wird, die verschiedenen Industrieprojekte zu bewerten.

Ferner wird der Schwerpunkt auf der Umsetzung von EU-Maßnahmen und -Strategien liegen, wobei es darum geht, bessere Instrumente zur Messung ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft, aber auch auf die Gesellschaft zu entwickeln.

Unterstützung unternehmerischer Initiative in all ihren Formen: KMU und sozialwirtschaftliche Unternehmen

Unternehmerische Initiative in all ihren Formen und in allen Branchen (einschließlich Tourismus, Industrie, Plattformwirtschaft und Sozialwirtschaft) ist für Wirtschaftswachstum, Innovation, Beschäftigung und soziale Inklusion unverzichtbar. Entscheidend ist die Unterstützung des grünen und des digitalen Wandels von KMU und die Ermittlung weiterhin bestehender Hindernisse bei ihrem Zugang zum Binnenmarkt.

KMU werden zudem im Zusammenhang mit dem Industrieplan zum Grünen Deal eine wesentliche Rolle spielen, da sie die große Mehrheit der Unternehmen in der EU ausmachen und das Potenzial haben, Innovationen und Nachhaltigkeit voranzutreiben.

Der EWSA spielt auf interinstitutioneller Ebene weiterhin eine wichtige Rolle bei der Förderung des sozialen Unternehmertums und der Sozialwirtschaft sowie bei der Überwachung der Auswirkungen von Entwicklungen in diesem Bereich auf traditionelle KMU. Seit der Annahme des Aktionsplans für die Sozialwirtschaft sind sozialwirtschaftliche Unternehmen noch wichtiger geworden, um eine widerstandsfähige Wirtschaft und einen gerechten Übergang sicherzustellen.

Der EWSA wird den nachhaltigen Wandel von KMU durch die Erfassung und Verbreitung bewährter Verfahren begleiten, untersuchen, welche Rolle KMU im Rahmen des Industrieplans zum Grünen Deal spielen und wie sie unterstützt werden können, die finanzielle Widerstandsfähigkeit von KMU stärken und einen Beitrag zu dem anstehenden KMU-Entlastungspaket (Zahlungsverzugsrichtlinie) leisten, die Umsetzung des Aktionsplans für die Sozialwirtschaft durch eine enge Zusammenarbeit mit den wechselnden Ratsvorsitzen unterstützen und einen Beitrag zu dem Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft leisten.

Stärkung der Verbraucher für den grünen und digitalen Wandel

Die Ziele des Grünen Deals können nur verwirklicht werden, wenn alle EU-Bürgerinnen und -Bürger mitziehen. Immer mehr Verbraucher werden sich dessen bewusst, dass sie durch eine Veränderung ihres Konsumverhaltens etwas bewirken können. Aber auch wenn die Verbraucher zum grünen Wandel beitragen wollen, ist der Weg mit Hindernissen gesät.

Die EU muss die Verbraucherrechte stärken und zu einer kreislaufforientierten, sauberen und grünen EU Wirtschaft beitragen. Es gilt, die Verbraucher in die Lage zu versetzen, fundierte Kaufentscheidungen zu treffen und damit zu einem nachhaltigeren Konsum beizutragen.

Der EWSA wird weiterhin auf seinen produktiven Arbeitsbeziehungen zur Europäischen Kommission und zum Europäischen Parlament in Verbraucherfragen aufbauen. Die Veranstaltung des jährlichen Verbrauchertags als zentraler Initiative des EWSA bleibt weiterhin ein vordringliches Anliegen. Damit soll den Verbrauchern auch in Zukunft alljährlich eine Plattform geboten werden, die ihnen Gehör verschafft und aktuelle Debatten beleuchtet.

Darüber hinaus wird sich der EWSA auch an den Folgemaßnahmen zu den Stellungnahmen zum Blauen Deal beteiligen und prüfen, ob dieses Thema in den Rahmen für nachhaltigen Verbrauch aufgenommen werden sollte.

Über die Energiekrise hinaus: eine nachhaltige, gerechte und strategische Energieversorgungssicherheit erreichen

Die Energiekrise, die 2021 begann und durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine 2022 verschärft wurde, erforderte eine rasche energiepolitische Reaktion auf Ebene der EU und der Mitgliedstaaten. Im vergangenen Jahr wurden neue Rechtsvorschriften für die Gasspeicherung, die Förderung erneuerbarer Energiequellen, Strompreise, alternative Energiequellen, neue Energieinfrastrukturen und außergewöhnliche steuerliche Maßnahmen erlassen.

Verschiedene Maßnahmen im Zusammenhang mit der aktuellen Krise müssen aufmerksam weiterverfolgt werden. Hierbei sollte der Schwerpunkt auf die wichtige Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen gelegt werden, die soziale Interessen sowie die Interessen der Arbeitnehmer und Bürger, ein gerechtes Vorgehen gegenüber den Wirtschaftsakteuren und das Festhalten am gemeinsamen Ziel eines grünen und sozial gerechten Wandels fördern. Es geht darum, Energiearmut zu bekämpfen, für die Qualifizierung und Umschulung der Arbeitnehmer zu sorgen, neue Formen der Energieerzeugung und des Energieverbrauchs zu entwickeln, insbesondere durch lokale Energiegemeinschaften, und die Strommärkte zu reformieren, um auch künftig gleiche wirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen im EU-Binnenmarkt sicherzustellen.

Beitrag der Wohnungspolitik zum wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt

Von verschiedenen Akteuren wird zunehmend darauf hingewiesen, dass die Wohnungspolitik bei allen Maßnahmen, die auf die Schaffung von sozialem Zusammenhalt und Gemeinwohl abzielen, ein wesentlicher Faktor ist. Um in einer Reihe von Bereichen wirklich etwas zu bewirken, wird es entscheidend sein, bei der Wohnungspolitik in den Mitgliedstaaten anzusetzen.

Unter der neuen EWSA-Präsidentschaft sollen folgende Prioritäten in Angriff genommen werden: Gewährleistung erschwinglicher Preise zur Bekämpfung der Inflation, wirksame Isolierung als Beitrag zur Energieeffizienz, Zugang zu Wohnraum für sozial schwache Bevölkerungsgruppen zur Schaffung von sozialem Zusammenhalt, Umstellung auf nachhaltige Baustoffe als Beitrag zum grünen Wandel, nachhaltige Stadtentwicklung im Hinblick auf die Förderung eines angemessenen städtischen Nahverkehrs, die Schaffung von territorialem Zusammenhalt und die Bekämpfung von Ungleichheiten.

Ökologisierung des Verkehrs: den Bedürfnissen der Nutzer, Bürger und Organisationen der Zivilgesellschaft gerecht werden

Die beschleunigte Umstellung und Ökologisierung aller Verkehrsträger wird ein Schlüsselement des grünen Wandels sein. Auch hier muss den Beschäftigten im Verkehrssektor, den Verbrauchern, den Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen Gehör verschafft werden.

In der kommenden Mandatshälfte wird der EWSA die Entwicklung von Legislativvorschlägen in folgenden Bereichen aufmerksam verfolgen: Emissionssenkung, Digitalisierung, alternative Verkehrsmittel im Bereich der Mobilität in Städten, Dekarbonisierung des Personen- und Güterverkehrs im Land-, Luft- und Seeverkehr (einschließlich gewerblicher Verkehrsmittel wie Fischereifahrzeuge) und ein gemeinsamer europäischer Mobilitätsdatenraum.



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Belliard/Belliardstraat 99
1040 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Verantwortlicher Herausgeber: Referat Besuchergruppen/Veröffentlichungen
EESC-2023-35-DE

www.eesc.europa.eu/en/our-work/publications-other-work/publications/stand-democracy-speak-europe



© Europäische Union, 2023

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Für die Verwendung oder Reproduktion der Fotos / Abbildungen muss die Genehmigung
direkt beim Urheberrechtsinhaber eingeholt werden: Titelseite: ©Getty Images



Amt für Veröffentlichungen
der Europäischen Union



Print:
QE-04-23-432-DE-C
ISBN 978-92-830-5978-3
doi: 10.2864/97785

Online:
QE-04-23-432-DE-N
ISBN 978-92-830-5976-9
doi: 10.2864/20735

DE